

CVP will keine freie Wahl des Schulhauses

Christlichdemokraten verteidigen an der Delegiertenversammlung in Basel die öffentliche Volkssch

RUEDI STUDER

Die CVP-Delegierten erteilten am Samstag der freien Schulwahl eine Absage. Dies stösst beim Präsidenten des Verbands Schweizerischer Privatschulen, dem Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister, auf wenig Begeisterung.

Einstimmig verabschiedeten die CVP-Delegierten in Basel ihr Positionspapier zum «ZukunftsmodeLL Volksschule». Darin sprechen sie sich für das Harnos-Konkordat ebenso aus wie für mehr naturwissenschaftlichen Unterricht, verschärfte Elternpflichten (einschliesslich Bussen) oder die Aufwertung des Lehrerberufs.

Bei der freien Schulwahl hingegen tritt die CVP auf die Bremse. Die Partei will Privatschulen nicht gleich behandelt sehen wie öffentliche Schulen. Zwar sollen Kantone anerkannte Privatschulen unterstützen können; Bildungsgutscheine seien jedoch abzulehnen, wenn dafür den staatlichen Schulen Mittel entzogen würden, heisst es in dem CVP-Papier.

«DENK- UND REDEVERBOT». Die CVP-Delegierten lehnen es zudem ab, dass Schülerinnen und Schüler (beziehungsweise ihre Eltern) wählen können, in welchem Quartier und welchem Schulhaus sie zur Schule gehen



Fordert die freie Wahl.

Der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister (45).

Foto Keystone

wollen. Solche Wahlfreiheit gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Schulqualität und bringe unnötigen Mehrverkehr.

Nicht zufrieden mit den Entscheidungen gegen mehr Wettbewerb im Bereich der Volksschule ist der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister (45). Pfister präsidiert den Verband Schweizerischer Privatschulen, und er führt das von seinem Grossvater gegründete Institut Dr. Pfister in Oberägeri, eine Mittelschule mit Internat, sowie die von ihm selber ins Leben gerufene Tagesschule Elementa für Primarschüler in Menzingen.

Pfister sieht in der Absage seiner Parteikollegen an die freie Schulwahl ein «Denk- und Redeverbot», wie er zur baz sagt. Er hätte sich zumindest

gewünscht, dass Schulhaus und -ort im Rahmen der Volksschule künftig frei hätten gewählt werden dürfen. «Damit hätten heute bestehende Ängste bezüglich der freien Schulwahl abgebaut werden können.»

STEUERN. Doch Pfister gibt nicht auf. Das Bildungssystem entwickle sich heute nämlich in Richtung Zweiklassengesellschaft. «Die Zufriedenheit mit der Volksschule nimmt ab; begüterte Familien schicken ihre Kinder zunehmend auf Privatschulen», so Pfister. Die Privatschulen kämen aus der Nische heraus, als sie nur als «Problemlöser» galten, und würden zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Volksschulen. «Es gibt auch zunehmend Kapitalgesellschaften, die in das private Bildungswesen investieren.»

Pfister geht davon aus, dass in zehn bis zwanzig Jahren bis zu 15 Prozent der Schulkinder Privatschulen besuchen werden. «Will der Staat die Chancengleichheit wahren, muss er diese Entwicklung steuern und anstelle der Konfrontation die Kooperation suchen.» Mit Spannung blickt er deshalb auf den Kanton Basel-Landschaft, wo im Herbst erstmals das Stimmvolk über die freie Schulwahl entscheiden wird.